

Nachfolgend wird die von der Kirchenleitung mit Beschluss vom 16. November 2020 gemäß § 59 Absatz 1 Buchstabe b Verfassung beschlossene Gesetzesvertretende Verordnung zur Änderung des Kirchengesetzes zur Abgabe der Optionserklärung gemäß § 27 Absatz 22 UStG vom 16. November 2020 bekanntgegeben.

Dessau-Roßlau, 17. November 2020

Joachim Liebig
Kirchenpräsident

Gesetzesvertretende Verordnung zur Änderung des Kirchengesetzes
zur Abgabe der Optionserklärung gemäß § 27 Absatz 22 UStG
Vom 16. November 2020

Die Kirchenleitung erlässt gemäß § 59 Absatz 1 Buchstabe b der Verfassung der Evangelischen Landeskirche Anhalts die nachfolgende Verordnung mit Gesetzeskraft.

Art. 1

Änderung des Kirchengesetzes

Das Kirchengesetz zur Abgabe der Optionserklärung gemäß § 27 Absatz 22 UStG vom 22. November 2020 (KABl 2016, 30) wird wie folgt geändert:

1. Im Titel werden nach den Worten „zur Abgabe“ die Worte „und Aufrechterhaltung“ und nach „§ 27 Absatz 22“ die Worte „und Absatz 22a“ eingefügt.
2. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Der bisherige Wortlaut des § 3 wird Absatz 1.
 - b) Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

„(2) Die Optionserklärung im Sinne von Absatz 1 wird für den von § 27 Absatz 22a Satz 1 UStG umfassten Zeitraum nach dem 31. Dezember 2020 und vor dem 1. Januar 2023 aufrechterhalten.“
3. In § 4 wird folgender Absatz 5 eingefügt:

„(5) Die Sammeloptionserklärung im Sinne der Absätze 1 bis 3 wird für den von § 27 Absatz 22a Satz 1 UStG umfassten Zeitraum nach dem 31. Dezember 2020 und vor dem 1. Januar 2023 aufrechterhalten. Absatz 4 findet für die Aufrechterhaltung der Sammeloptionserklärung entsprechende Anwendung.“
4. In § 6 Satz 1 werden nach „§ 27 Absatz 22 Satz 6“ die Worte „oder gemäß § 27 Absatz 22a Satz 2“ eingefügt.
5. § 7 wird wie folgt geändert:
 - a) Der bisherige Wortlaut des § 7 wird Absatz 1.
 - b) Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

„(2) Die mit dem Kirchengesetz zur Änderung des Kirchengesetzes zur Abgabe der Optionserklärung gemäß § 27 Absatz 22 UStG vorgenommenen Änderungen treten am 31. Dezember 2020 in Kraft.“

Art. 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt zum 31. Dezember 2020 in Kraft.


Joachim Liebig
Kirchenpräsident


Christian Preissner
Präses